

Der israelische Professor Elie Podeh spricht nicht nur der Regierung, sondern auch der Mehrheit der Bevölkerung Israels die Bereitschaft zu einem gerechten Frieden mit den Palästinensern ab.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 241/10 – 24.12.10**

Israel wollte nie wirklich Frieden

Von Elie Podeh

HAARETZ.com, 16.12.10

(<http://www.haaretz.com/print-edition/opinion/israel-never-really-wanted-peace-1.330881>)

Vom Frieden kann man zumindest träumen – wir tun aber noch nicht einmal das. Es ist Zeit, die Tatsache anzuerkennen, dass Israel zwar sehr viel vom Frieden redet, aber sehr wenig tut, um tatsächlich Frieden zu schaffen. Alle, die immer noch behaupten, wir "täten alles" (für den Frieden), sollten einmal aufmerksam in den Spiegel schauen. Arbeitet Israel wirklich unermüdlich und entschlossen daran, Frieden zu schließen?

Die Aussage der USA und Israels, die Bemühungen um eine Fortsetzung der direkten Verhandlungen (mit den Palästinensern), die vor weniger als sechs Monaten in Washington vereinbart wurden, seien gescheitert, ist der schlagende Beweis dafür, dass Israel nichts (für den Frieden) tut. Unser Land trägt die Hauptschuld (am Abbruch der Gespräche): Die Geschichte wird denen nicht verzeihen, die es für wichtiger gehalten haben, den Siedlungsbau nicht um weitere drei Monate einzufrieren, sondern stattdessen die Gespräche und die Bemühungen um eine diplomatische Lösung scheitern zu lassen.

Man könnte natürlich den US-Präsidenten Barack Obama dafür tadeln, dass er nicht genügend Druck auf beide Seiten – besonders auf Israel – ausgeübt und es versäumt hat, die wirtschaftlichen und politischen Hebel einzusetzen, die ihm zur Verfügung stehen, um beide Seiten von den Vorteilen "zu überzeugen", die ihnen eine Fortsetzung der Gespräche gebracht hätte. Aber die Geschichte hat uns gelehrt, dass es weder Frieden noch die nötigen Voraussetzungen für Verhandlungen gibt, wenn die beiden sich streitenden Parteien nicht zu einem ehrlichen Dialog bereit sind.

Die Friedensverhandlungen mit Ägypten und Jordanien, der Oslo-Friedensprozess und die jahrelangen Gespräche mit Syrien und anderen Konfliktparteien fanden statt und führten zu Ergebnissen, weil sie im Interesse der jeweiligen Gegner lagen, und weil Supermächte die Rolle des Schlichters und Vermittlers spielten. Vom Vermittler angebotene Anreize waren nur deshalb wirksam, weil die Konfliktparteien selbst eine Vereinbarung treffen wollten.

Deshalb ist die Schuld (am Abbruch der Gespräche) beiden rivalisierenden Seiten anzulasten, allerdings nicht zu gleichen Teilen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Premierminister Benjamin Netanjahu und sein Kabinett die Hauptschuld an dem jüngsten Fehlschlag tragen. Der Premierminister ist eine harte Nuss, die kaum zu knacken ist: In seiner Eröffnungsrede zum Beginn der im September in Washington geführten Gespräche wiederholte Netanjahu zweimal den folgenden Satz: "Die Geschichte hat uns die seltene Gelegenheit gegeben, den Konflikt zwischen unseren Völkern zu beenden." Außerdem benutzte er in seiner Ansprache vierzehnmal das Wort "Frieden". Natürlich greifen Politiker gern zu rhetorischen Floskeln, wenn sie ihre (eigentlichen) Pläne kaschieren wollen, aber mit solchen Angeboten und Formulierungen hat er hochfliegende Erwartungen geweckt, die zu Frustrationen und dauerhaften Zerrüttungen führen können, wenn sie nicht erfüllt werden.

In großem Ausmaß repräsentieren Netanjahu und sein Kabinett die Einstellung der heutigen israelischen Gesellschaft. Meinungsumfragen lassen einen zunehmenden Hang zum Extremismus erkennen, der an Rassismus grenzt. Das gilt sowohl für die Meinung der (meisten) Juden über die Araber, als auch für die Unterstellungen und das Misstrauen in Bezug auf deren Absichten und Ziele. In Anbetracht dieser Verhältnisse ist es kein Wunder, dass es keinen öffentlichen Druck auf die Regierung gab, um sie zur Fortsetzung des Friedensprozesses zu veranlassen, und dass es kaum zu öffentlichen Reaktionen auf den dramatischen Abbruch der Gespräche kam.

Was den Frieden angeht, ist Israels Haltung heute die gleiche wie nach den Kriegen in den Jahren 1948 (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinakrieg>) und 1967 (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Sechstagekrieg>): Auch damals bestand die Möglichkeit zu Verhandlungen, aber die notwendigen (israelischen) Zugeständnisse wurden als zu groß eingeschätzt. Auch heute wird die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes möglichen Veränderungen vorgezogen, weil die Israelis diese als Bedrohung ansehen, auch wenn in Wirklichkeit keine Gefahr von ihnen ausginge.

Im letzten Jahrzehnt hat Israel mehrere arabische Initiativen erlebt: den Friedensplan der Arabischen Liga (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,496557,00.html>), Verhandlungsangebote Syriens und der Palästinenser und sogar sehr gemäßigte Erklärungen der Hamas. Mehrere aufeinanderfolgende israelische Regierungen reagierten auf sämtliche Angebote mit großer Zurückhaltung und eisiger Gleichgültigkeit – mit Ausnahme des Premierministers Ehud Olmert gegen Ende seiner Amtszeit. (Er hatte den Palästinensern einen eigenen "Staat" angeboten, falls sie auf das geraubte Land verzichten, das ihnen israelische Siedler mit dem Bau weiterer illegaler Siedlungen immer noch stehlen, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ehud_Olmert .)

Israels lustlose Reaktion auf diese Vorschläge kann nicht als zufällig und vorübergehend angesehen werden; es handelt sich dabei um ein (festgefahrenes) Verhaltensmuster. Israel hat auch noch niemals selbst eine Initiative ergriffen, um seinen Wunsch nach Frieden zu demonstrieren. Das führt uns zu der traurigen Erkenntnis, dass die Israelis – und zwar sowohl ihre Regierung als auch die (Mehrheit der) israelischen Bevölkerung – nicht wirklich Frieden schließen wollen, sondern allenfalls vom Frieden reden, und das ist nicht genug.

Der Autor ist Professor des Fachbereichs für Studien zum Islam und zum Mittleren Osten an der Hebrew University in Jerusalem.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mir Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Wir hoffen, dass er unsere Leser gerade am "Fest des Friedens" daran erinnert, dass ein gerechter Frieden zwischen allen im "Heiligen Land" lebenden Menschen ein unverzichtbarer Schritt auf dem Weg in eine friedlichere Welt ist. Den fordert auch die Stuttgarter Erklärung, die unter <http://senderfreiespalaestina.de/sign.htm> aufzurufen ist und unterzeichnet werden kann. Anschließend drucken wir den Originaltext des übersetzten Artikels ab.

HAARETZ.com

Israel never really wanted peace

By Elie Podeh, 16.12.10

Peace may be a dream - but it is not our dream. The time has come to recognize the fact

that Israel uses the rhetoric of peace, but does very little on the practical level toward achieving it. Anyone still clinging to the axiom that "we'll leave no stone unturned" needs to take a good look in the mirror. Is Israel truly laboring with determination and persistence to reach peace?

The announcement by both the United States and Israel that the efforts to renew direct negotiations failed, less than six months after being launched in Washington, is direct proof that Israel is not doing so. This country deserves most of the blame: History will not forgive those who considered the issue of extending the construction moratorium in the settlements, even for three months, more important than continuing the talks and reaching a diplomatic solution.

One could, of course, blame U.S. President Barack Obama on the grounds that he did not lean hard enough on the two sides, particularly Israel, and that he did not sufficiently exercise the economic and political leverage at his disposal to "persuade" them of the benefits of continuing the talks. But history teaches that no peace, or even a framework for negotiations, has ever succeeded unless the warring parties were actually ready for genuine dialogue.

The peace with Egypt and with Jordan, the Oslo Accords and the talks over the years with Syria and other parties took place and moved forward based on the interests of the adversaries themselves, with the superpowers generally playing the role of conciliator and mediator. Incentives offered by the mediator were effective only when the parties themselves were willing to reach an agreement.

Thus it is the rival sides who bear the blame, but not equally. There is no doubt that Prime Minister Benjamin Netanyahu and his cabinet are largely responsible for the latest failure. The prime minister is a hard nut to crack: In his kickoff speech to the talks, delivered in Washington in September, Netanyahu twice repeated the following phrase: "History has given us a rare opportunity to end the conflict between our peoples." He also used the word "peace" 14 times during that address. While it is clear that politicians use rhetoric to promote their agendas, these measures and this language create a dynamic of expectations that, when not met, lead to frustration and eventually to a breakdown.

To a great extent, Netanyahu and his cabinet are representative of Israeli society today. Public opinion polls point to increasing extremism, bordering on racism, in Jews' opinion of Arabs, as well as to alienation and a distrust of the other side's goals and intentions. Given these circumstances, it's no wonder there is no public pressure on the government to advance the peace process and that there was no significant public response to the dramatic announcement that the talks had been suspended.

When it comes to peace, Israel's position today is similar to its position after the wars of 1948 and of 1967: The potential for negotiations was there, but the cost was considered too high. Now, too, maintaining the status quo appears to be preferable to making changes that Israelis perceive as threatening, even if they do not necessarily pose a genuine danger.

In the past decade, Israel has faced a number of Arab initiatives: the Arab League peace plan, Syrian offers to negotiate, Palestinian willingness to move forward and even moderate declarations from Hamas. Successive Israeli governments responded to all of them with restraint and icy indifference (with the exception of the waning days of Ehud Olmert's term as prime minister).

Israel's listless response to these proposals cannot be understood as coincidental or circumstantial; it is a pattern of behavior. And Israel has never proffered its own initiative that would indicate a desire for peace. This leads us to the unhappy conclusion that Israel - both its government and its people - are not really interested in peace; at most, they make the sounds of peace, but that is not enough.

The writer is a professor in the Department of Islamic and Middle Eastern Studies at the Hebrew University of Jerusalem.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern